

Landsberg, den 30. April 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Neuner,
Sehr geehrter Herr Stiftungsdirektor Freller,
Sehr geehrte Projektbeteiligte der Arbeitsgemeinschaft,
Sehr geehrter Herr Dr. Goppel,

das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 26. Februar 2018 wird von mir als Präsident der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung in dieser Form nicht freigegeben, insbesondere deshalb, weil der Verlauf der Sitzung vor allem im ersten Teil unvollständig wiedergegeben wird.

Neben der gescheiterten Abstimmung des „Überraschungsantrages“ von Herrn Dr. Goppel fehlt unter anderem die Feststellung durch Herrn Oberbürgermeister Mathias Neuner, dass die Arbeitsgemeinschaft durch den Landsberger Stadtrat ausschließlich nur für Beschlüsse und Empfehlungen den „Erinnerungsraum“ betreffend legitimiert ist. Nach seiner Auffassung hat die Arbeitsgemeinschaft ihre Aufgabe durch die Vorlage der erarbeiteten Ergebnisse gegenüber dem Landsberger Stadtrat bereits erfüllt. Nach meiner Auffassung ist die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft in den Grenzen ihrer Legitimation damit beendet. Dementsprechend endet auch das Mandat des von uns gewählten Leiters der Arbeitsgemeinschaft. Ich danke Herrn Dr. Goppel - auch im Namen der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung - für seine Tätigkeit.

Aus der übersandten Tagesordnung entnehmen ich, dass die bisherige Leitung der Arbeitsgemeinschaft am 4. Mai – obwohl sie dafür nicht legitimiert ist - erneut versuchen will, Ergebnisse herbeizuführen, die nichts mit dem Auftrag und den legitimierten Aufgabenbereichen der Arbeitsgemeinschaft durch den Landsberger Stadtrat zu tun haben.

Am deutlichsten tritt dies bei den Vorschlägen zur weiteren Entwicklung am ehemaligen KZ-Lager Kaufering VII zu Tage. Die dort vorgeschlagene weitere Vorgehensweise entspringt vor allem den persönlichen Vorstellungen des Leiters der Arbeitsgemeinschaft, ist weder durch Beratungen entstanden, noch spiegeln sie irgendwelche Ergebnisse von Besprechungen mit der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung als Eigentümer der Liegenschaft wieder.

Mit diesen persönlichen Vorschlägen werden nicht nur die erarbeiteten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie unterboten und ad absurdum geführt, sondern es ist auch ein Versuch, die Weiterentwicklung der Europäischen Holocaustgedenkstätte und die Errichtung eines Dokumentationszentrums zu behindern.

Ob die vorgetragene Begründung, dass man „die deutsche Schande nicht ein weiteres Mal in Beton gegossen sehen möchte“ ein Ausdruck des derzeitigen Rechtsrucks der Gesellschaft in Europa ist oder nur eine neue Variante der seit Jahrzehnten geführten „Schlussstrichdebatte“ in Deutschland vermag ich gegenwärtig nicht einzuschätzen. Der in den letzten Jahren mühsam erreichte gesellschaftliche Konsens im Landkreis Landsberg hat inzwischen die Grenzen seiner Belastbarkeit erreicht.

Ich bitte daher Herrn Oberbürgermeister Neuner als Hausherr in der Zusammenkunft am 4. Mai im Alten Rathaus keine Abstimmungen zuzulassen, die nicht durch die Aufgabenstellung des Landsberger Stadtrats legitimiert sind.

Ich bedanke mich ausdrücklich auch im Namen der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung bei allen Projektbeteiligten für die gute Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, das Engagement und die geopferte Freizeit.

Als Präsident der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung sehe ich mich leider außer Stande an der Zusammenkunft am 4. Mai teilzunehmen, da ich keinesfalls den Eindruck vermitteln möchte, ich würde der geplanten Abstimmung durch meine Anwesenheit irgend eine Form der Legitimität verleihen. Ich bitte dafür um das Verständnis bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Erinnerungsarbeit.

Die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung strebt für die Weiterentwicklung der Europäischen Holocaustgedenkstätte und das geplante Dokumentationszentrum ein wissenschaftlich, museologisch und pädagogisch fundiertes Konzept an, das die Exemplarität für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft herausarbeitet und vor allem den Förderkriterien der Bundesrepublik Deutschland gerecht wird. Dieses Kriterium erachten wir für zwingend. Die Aufstellung eines Finanzierungsplans für das Gutachten sehen wir als unsere Aufgabe. Hilfe und Unterstützung von Partnern nehmen wir gerne an.

Weiteren Zusammenkünften unter anderer Leitung und einer unserer Erinnerungskultur angemessenen inneren Haltung wird sich die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung selbstverständlich nicht verschließen.

Mit herzlichem Gruß



Manfred Deiler
Präsident